



Presseinformation

Pressesprecherin

Iris Kampf

Tel.: 030 202491-32

Fax: 030 202491-50

E-Mail: iris.kampf@ikkev.de

Berlin, 14. Juli 2025

Jürgen Hohnl, Geschäftsführer des IKK e.V., erklärt zu den heutigen Medienveröffentlichungen zur Verringerung der Kassenzahl:

Es ist wieder soweit: In dem Artikel „Entweder Radikal-Reformen – oder krasse Kassen-Kosten!“ auf Bild Online fordern Politiker Radikalreformen im deutschen Gesundheitssystem – und wie so oft steht die angeblich zu hohe Zahl der gesetzlichen Krankenkassen am Pranger. Die immer gleiche Argumentation: Weniger Kassen, weniger Kosten. Doch diese Behauptung ist schlichtweg falsch und lenkt von den eigentlichen Herausforderungen ab.

Wer die Verwaltungskosten der GKV als Hauptproblem ins Schaufenster stellt, ignoriert die Realität: Über 90 Prozent der Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen werden direkt für die Versorgung der Versicherten eingesetzt – im Jahr 2024 sogar beeindruckende 97 Prozent. Verwaltungskosten machen also nur einen Bruchteil aus. Doch weil sich Medien und manche Interessengruppen lieber an Vorstandsgehältern oder Werbekampagnen abarbeiten, entsteht ein völlig verzerrtes Bild.

Die Forderung, durch eine Reduzierung der Kassenanzahl Verwaltungskosten zu senken, ist ein Mythos. Denn die Verwaltungskosten pro Versicherten hängen nicht von der Größe der Krankenkasse ab. Große wie kleine Kassen können unterdurchschnittliche Verwaltungskosten aufweisen. Entscheidend ist der Betreuungsaufwand, der sich nach der Versichertenstruktur richtet – insbesondere nach dem Krankheitsgeschehen. Versicherte mit komplexeren Krankheitsbildern verursachen mehr Verwaltungsaufwand, unabhängig von der Kassengröße. Wer hier pauschal Fusionen fordert, betreibt Symbolpolitik und gefährdet die Vielfalt und Wahlfreiheit der Versicherten.



Auch das mediale Dauerfeuer auf die Vorstandsgehälter entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Im Jahr 2024 lagen die Gehälter der Vorstände – ohne betriebsbezogene BKKn und landwirtschaftliche Versicherungen – bei rund 16 Millionen Euro. Das entspricht 0,1 Prozent der Nettoverwaltungskosten und gerade einmal 0,0049 Prozent der gesamten GKV-Ausgaben. Wer sich von einer Zwangsfusion Einsparungen verspricht, sollte nach Österreich schauen: Hier sollte 2018 durch eine entscheidend von der FPÖ geforderte Zusammenlegung der Krankenkassen gespart werden (Stichwort: Funktionärsmilliarde). Das Ergebnis ist aber das Gegenteil.

Wer wirklich sparen will, muss an den richtigen Stellschrauben drehen – und nicht mit populistischen Parolen die bewährte Struktur der GKV beschädigen. Vielfalt, Wettbewerb und Nähe zum Versicherten sind Stärken unseres Systems, keine Schwächen. Wer das Gegenteil behauptet, betreibt Augenschwermerei und gefährdet die Versorgung der Menschen in Deutschland. Will die Politik der defizitären Finanzsituation wirklich kurzfristig abhelfen, sollte der Bund seiner Finanzierungsverantwortung für die versicherungsfremden Leistungen nachkommen und sich die Regierung zu einem Ausgabenmoratorium entschließen, um die GKV zu entlasten und um weitere Beitragssatzsteigerungen zu verhindern.

Hinweis für die Redaktionen:

Ein hochauflösendes Portraitfoto von Jürgen Hohnl finden Sie hier zum Download:

<https://www.ikkev.de/presse/downloads/>

Über den IKK e.V.:

Der IKK e.V. ist die Gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen auf Bundesebene. Der Verein wurde 2008 gegründet mit dem Ziel, die Interessen seiner Mitglieder und deren Versicherten gegenüber allen wesentlichen Beteiligten des Gesundheitswesens zu vertreten. Die Innungskrankenkassen stehen für 5,1 Mio. Versicherte.